



Landes-Seniorenbeirat Hamburg

Landes-Seniorenbeirat Hamburg • Heinrich-Hertz-Straße 90 • 22085 Hamburg

An die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden

Die Vorsitzende

Landes-Seniorenbeirat Hamburg
Heinrich-Hertz-Straße 90
22085 Hamburg
Tel.: 040/42863-1934
Fax: 040/42863-4629
E-Mail: lsb@lsb-hamburg.de
Internet: www.lsb-hamburg.de

Bürozeiten

Montag – Freitag
09.ºº - 12.ºº Uhr
d. April yyyy-Ca.

Änderungen: Hamburgisches Landespflegegesetz

Sehr geehrte/r

der Landes-Seniorenbeirat wendet sich heute mit einer Bitte an Sie: Der Senat beabsichtigt in Kürze das Hamburgische Landespflegegesetz in der Form zu ändern, dass der § 6 des Gesetzes aufgehoben wird. Dies bedeutet, dass die sog. Investitionskosten durch die **Einkommensabhängige Einzelförderung** – EEF für die stationäre Pflege in Alten- und Pflegeheimen sowie für die Tagespflege nicht mehr (ganz oder teilweise) von der Freien und Hansestadt übernommen werden. Erschwerend kommt hinzu, dass der Vermögensschonbetrag von derzeit € 7.800,-- auf € 2.600,-- abgesenkt werden soll.

Nach Einschätzung des Landes-Seniorenbeirates wird dies dazu führen, dass in den laufenden und künftigen Fällen bei den Empfängern von EEF nur noch das Schonvermögen von € 2600,-- unberücksichtigt bleibt. Danach wird geprüft, ob Vermögen unterhaltspflichtiger Angehöriger eingesetzt werden kann. Der Landes-Seniorenbeirat sieht hier die Frage der Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Seniorinnen und Senioren in hohem Maße beeinträchtigt. Der LSB fordert daher zumindest für die Betroffenen von laufenden Verfahren Vertrauensschutz. Viele von ihnen hätten unter den gegebenen Umständen die Entscheidung ins Heim zu gehen so nicht getroffen, wenn dadurch Angehörige finanziell belastet werden.

Des Weiteren wird künftig die Gruppe älterer Menschen betroffen sein, die ein monatliches Einkommen von gerade oberhalb der Grundsicherung hat. Für die unterhaltspflichtigen Angehörigen dieser Gruppe gilt das Schonvermögen gemäß § 43 Abs. 2 SGB XII (100.000 €) nicht. In diesen Fällen müssen die Seniorinnen und Senioren von der Heranziehung ihrer Kinder zu den Kosten für die Pflege ausgehen.

Verständlicherweise wollen dies die älteren Menschen nicht vor dem Hintergrund, dass sie ein Leben lang hart gearbeitet haben. Jetzt werden sie zu Sozialhilfeempfängern. Der Landes-Seniorenbeirat bittet Sie, sich für eine Lösung einzusetzen, die insbesondere der Lage der genannten Gruppen gerecht wird.

Für weitere Gespräche steht Ihnen der Landes-Seniorenbeirat immer zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Heinz Dreyer

*die Interessenvertretung
der älteren Generation*